



Schiffleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhof (A 7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhof 3686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

## Berlin

Berugspreis monatl. 5,90 (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: num-Zeil 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeil 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anzahl der Blätter] Nr 294

MITTWOCH, 21. JUNI 1933

ABEND-AUSGABE

## Polizeiaktion gegen Kampfring

### Im ganzen Reich — Deutschnationale Kampforganismen in Preußen aufgelöst

Heute vormittag ist im ganzen Reich auf Grund einer zentralen Anweisung eine Polzeiaktion gegen die deutschnationalen Kampfringorganisationen durchgeführt worden. Die Ziele und Geschäftszwecke der Kampfringorganisationen wurden beseitigt und zahlreich Verhaftungen vorgenommen. In Preußen wurden die Kampfringorganisationen und die im Bismarckbund zusammengeschlossenen Jugendgruppen aufgelöst. Das Tragen von Abzeichen und Uniformen dieser Organisationen ist in Preußen verboten. Von den meisten anderen Landesregierungen sind ebenfalls Verbote ausgesprochen worden.

Zu der Aktion teilte der amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit:

„Auf Grund § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in Verbindung mit § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes hat der preussische Minister des Innern die Kampfringorganisationen (früher deutschnationale Kampfringorganisationen) einschließlich ihrer familiären Formationen sowie der im Bismarckbund zusammengeschlossenen Jugendgruppen im Gebiet des Freistaates Preußen aufgelöst und verboten.

„Das Verbot ist erfolgt, weil die angelegten Ermittlungen einwandfrei ergeben haben, daß Kommunisten und sonstige staatsfeindliche Elemente in größtem Umfange Aufnahme in den Formationen des deutschnationalen Kampfrings gefunden haben. Die Kampfringorganisationen bei dieser Aufgabe eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit des Staates und der Bevölkerung. Die getroffenen Maßnahmen waren deshalb zur Abwehr von der vielen gefährlichen Organisationen für die öffentliche Sicherheit und den inneren Frieden dringendes Gelehr notwendig.“

Dieselben Gründe waren für das Vorgehen gegen die deutschnationalen Kampfring im ganzen Reich maßgebend. Wie von zufälliger Stelle mitgeteilt wird, war der Prozentsatz von staatsfeindlichen Elementen, die in der letzten Zeit in die Kampfringorganisationen aufgenommen wurden, teilweise auf 60 bis 70 v. H. gestiegen. Diese konterrevolutionären Elemente hätten eine ernste Gefahr dargestellt. Vieles Material, das man auch bei der Aufdeckung der Geheimhaltung der SPD-Funktionäre in Hamburg vorfand, habe das bestätigt. Verschiedene blutige Zusammenstöße, u. a. in Frankfurt a. M., hätten bewiesen, daß Selbsthilfe-Aktionen gegen die Kampfringorganisationen nötig waren, wenn nicht staatlich eingegriffen worden wäre.

Ueber den Umfang, in dem eine Durchsicherung der deutschnationalen Kampfringorganisationen mit staatsfeindlichen Elementen er-

folgt war, werden von der zuständigen Stelle einige Einzelheiten mitgeteilt. So habe die in Breslau gegründete sogenannte Jägerorganisation der Kampfringorganisation seit längerer Zeit Sozialdemokraten und frühere Reichstagsmitglieder aufgenommen, die offen erklärten, daß sie sich durch ihren Beitritt zum Kampfring eine gewisse Stellung sichern wollten. Der Leiter dieser Jägerorganisation sei der Staatsanwaltschaft wegen trüffelnder Vergehen seit längerer Zeit bekannt. Gegen ihn schwebt zur Zeit ein Verfahren; trotzdem sei er zum

### Deutschnationale Partei bleibt

Es wird ausdrücklich festgestellt, daß die Polzeiaktion nicht gegen die Deutschnationale Frontale Partei richtet. Wenn Geschäftszwecke der Partei durchsucht werden sind — u. a. ist auch in der Reichsgeschäftsstelle der Deutschnationalen Front in der Friedrich-Ebert-Straße in Berlin eine Sausuchung vorgenommen worden — so sei das darauf zurückzuführen, daß die Geschäftszwecke der Kampfringorganisation zum Teil Bestandteil der Geschäftsstellen der Deutschnationalen Front unterhielten.

Leiter der Abteilung ernannt worden. Auch während seiner neuen Tätigkeit habe er dann verfußt, Gelder zu sammeln, angeblich für den Kampfring, diese Gelder seien aber offenbar zum größten Teil in seine eigene Tasche geflossen, da entsprechende Abrechnungen noch nicht vorliegen.

Bezugnehmend ist das Ergebnis einer Polzeiaktion gegen eine deutschnationale Kampfringorganisation im Zuge der Lagerarbeit. An den Geschäftszwecken hat eine Gruppe von über 200 Mann teilgenommen. Diese Leute sind dann befreit geführt worden, und die Polizei hat festgestellt, daß 140 von ihnen bis zum März dieses Jahres aktiv in der kommunistischen oder Sozialdemokratischen Partei oder verwandten Organisationen tätig gewesen sind.

Ähnliche Ergebnisse haben Feststellungen des 82. Polizeireviers in Berlin gehabt. Gegen 18 von 35 Mitgliedern eines Kampfrings liegen belastende Akten vor. Zum Teil haben diese Kampfringmitglieder erhebliche Vorfälle; in einigen Fällen sind ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden.

## Wie wir es sehen

### Die Vorgeschichte

Die Akten gegen die deutschnationalen Kampfringorganisationen kann nicht übersehen. In den letzten Wochen versagte kaum ein Tag, an dem nicht aus irgendeiner Ecke des Reiches Polzei-Maßnahmen gegen Kampfringorganisationen oder einzelne Gruppen des Stahlheeres gemeldet wurden. Das Preussische Innenministerium und die Polizeiminister der Länder richteten seit längerer Zeit ihr besonderes Augenmerk auf die Vorgänge innerhalb der Kampfringorganisationen und einzelner Stahlheerformationen. Es war aufgefallen, daß einige dieser Organisationen einen unerwartet häufigen harten Zugang von Neueinsteigern zu verzeichnen hatten. Die neuen Mitglieder kamen zum Teil aus aufgelösten kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen. Von amtlichen Stellen wurde immer wieder gewarnt und den Leitern zur Pflicht gemacht, vor der Aufnahme eines neuen Mitgliedes dessen politische Vergangenheit und seine sonstigen persönlichen Verhältnisse gründlich zu prüfen, damit nicht unerwünschte Elemente in die Reihen dieser Kampfringverbände hineinkämen. Auch die Kampfringorganisationen der NSDAP waren verpflichtet, sich ihre neuen Mitglieder sehr genau anzusehen. Es scheint nun, daß von verschiedenen Unterführern der deutschnationalen Kampfring diese Richtlinien für die Neuaufnahmen nicht genügend streng befolgt wurden. Viele von ihnen haben ihre Hauptaufgabe darin, die ihnen unterstellten Organisationen möglichst stark zu machen. Es war vielfach unmöglich, diesen Zuwachs aus dem eigenen deutschnationalen Lager zu holen, und daher nahm man auf, wie erklärt, er begann sich aus nationalen Regierungen. So schlossen deutschnationale Kampfringorganisationen, die vor dem 30. Januar nur wenige Mitglieder hatten, in den Monaten seitdem auf 100 und mehr Mitglieder an, obwohl dieser starke Zuwachs nicht aus dem eigenen Parteilager kommen konnte. Von der NSDAP und ihren örtlichen Kampfringorganisationen wurde die Eintrittsbewegung bei den Kampfringorganisationen sofort beobachtet, zumal auf dem Lande und in den kleineren und mittleren Städten, wo man einander genau kennt. Eine Fülle von Hinweisen auf das Verschwinden von nationalsozialistischer Seite an die Polzeibehörden, die die Vorgänge bei den Kampfringorganisationen beobachtete, sind heraus, daß in einer Kampfringorganisation ein ganz offenes Mitgliederbüro aufgestellt und neuen Mitgliedern eingetreten war, und daß der überwiegende Teil der neuen Mitglieder nicht aus dem deutschnationalen Lager kamme, dann hat die Polzei als ihre Pflicht an, im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einzuschreiten. Es blieb aber zunächst bei 3-4-tägigen Aktionen. Die Polzei geht auch nicht in jedem Fall zur Auflösung der Kampfringorganisationen, sondern begnügt sich oft, je nach Lage des Falls, entweder eine Umorganisation oder eine Entlassung der zweifellos nicht deutschnationalen Elemente aus den Kampfringorganisationen zu verlangen. Aber nicht immer ergab die Polzei durch dieses Vorgehen den gewünschten Erfolg. Es wurden wieder Neuaufnahmen vorgenommen, und bald stellte sich heraus, daß erneut zahlreich Elemente auf direktem oder indirektem Wege in die Kampfringorganisationen gelangten. Die zuständigen Stellen gewannen schließlich den Eindruck, daß es auf diese Weise nicht möglich sein würde, unerwünschte Leute von den Kampfringorganisationen fernzuhalten, und so riefte die Entschloßung immer mehr, eine so große Aktion in Gang zu setzen, wie sie heute früh gegen die Kampfringorganisationen erfolgt ist.

### Danzig und Polen

Danzig hat eine neue Regierung, die mit großer Mehrheit der Nationalsozialisten und des Zentrums gegen die Einwirkung der Einmischung der Deutschnationalen gewählt wurde, und deren Amtsantritt von feierlichen Kundgebungen begleitet war. Bei dieser Gelegenheit hielt der Gauleiter der NSDAP, Forster, eine Rede, die man innen- und außenpolitisch als ein Referendum in der deutschen Reichspolitik in Danzig werten darf. Das die Nationalsozialisten, die über die absolute Mehrheit im neuen Volkstag verfügen, auch außenpolitische politische Kräfte zur Regierungsbildung heranzogen, ist ein Zeugnis für ihre Einschätzung der gesamtpolitischen Lage der freien Welt. Eine Formulierung Forster, die dieser in seiner geliebten Ansprache fand, wird hoffentlich das Motto werden können für die künftige außenpolitische Entwicklung: „Aus dem europäischeren Volkstagen Danzig muß das Polzer Element werden.“ Man darf die Augen nicht davon verblenden, daß in Danzig das Verhältnis Polen-Danzig eine der empfindlichsten Heißstellen unserer Nachkriegs-Europa ist, und wenn

## Vorgehen auch gegen Bayerische Volkspartei

### Durchsuchungen und Verhaftungen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MÜNCHEN, 21. JUNI

Die Polzeidirektion München teilte mit: „In letzter Zeit haben sich die Verdachtsmomente, daß führende Persönlichkeiten der Bayerischen Volkspartei im Zusammenhang stehen mit den letzten Ereignissen in Österreich, insbesondere mit dem wenigen Tagen dort erfolgten Verbot der NSDAP, so verdichtet, daß es dringend notwendig erschien, die Verbindung zwischen der Bayerischen Volkspartei und den Christlich-Sozialen sowie der Heimatschutz in Österreich reiflos festzustellen. Die bayerische Polzei hat daher heute eine einseitige Aktion gegen die Funktionäre der Bayerischen Volkspartei in ganz Bayern eingeleitet und bei ihnen, sowie in den wichtigsten Büros der Partei eine Suche nach belastendem Material vorgenommen. Unter anderem wurden auch die Räume der Gauleiter der Bayerischen Volkspartei im Landtag, des „Bayerischen Kuriers“ und des Wirtschaftsbereichs durchsucht. Das beschlagnahmte Material wird zur Zeit noch gesichtet. In einzelnen Fällen, bei denen Widerstand erfolgte oder Verdunklungsversuche beobachtet wurden, sind die Verhaftungen vorgenommen.“

Ueber die Durchsicherung der Zimmer der Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei teilte heute vormittag, wie hallamtlich mitgeteilt wird, im Volkshausausschuß Landtagspräsident Effer folgendes mit: Er habe die Durchsicherung zur Durchsicherung erteilt, weil der Verdacht bestanden habe, daß eine ganze Reihe von Mitgliedern, die zur Zeit auf dem flachen Lande mit der ausgesprochenen Absicht, das Ansehen der Regierung zu schädigen, ausgebreitet worden, aus den Reihen der Abgeordneten der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei genommen seien. Die Eigerstellung und Prüfung des Materials in den Zimmern der Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei werde, wie Effer betonte, nach der Richtung hin hoffentlich eine Klarstellung bringen, die allen Seiten nur erwünscht sein könne.